

### Slowenien - Turbulenzen vor den Parlamentswahlen

Lang, Kai-Olaf

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

#### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Lang, K.-O. (2000). *Slowenien - Turbulenzen vor den Parlamentswahlen*. (Aktuelle Analysen / BIOst, 33/2000). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-45178>

#### Nutzungsbedingungen:

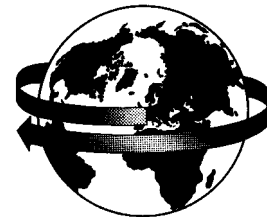
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

#### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



## Aktuelle Analysen

Nr. 33/2000

1. August 2000

### Slowenien: Turbulenzen vor den Parlamentswahlen

#### **Zusammenfassung**

Am 7. Juni dieses Jahres bestätigte die slowenische Staatsversammlung die neue Regierung von Premierminister Andrej Bajuk, die als Übergangskabinett bis zu den Mitte Oktober abzuhaltenden Parlamentswahlen fungiert. Der Wechsel vom seit 1992 amtierenden Janez Drnovšek zu Bajuk war die Folge einer neuerlichen Polarisierung der politischen Szene in Slowenien: Eine Allianz aus den Parteien des Anfang der 90er Jahre existierenden antikommunistischen Demos-Bündnisses steht einer Gruppe von Parteien mit im weiteren Sinne kommunistischer Genealogie gegenüber. Der tief in der Konfliktstruktur der slowenischen Gesellschaft verankerte Gegensatz zwischen beiden Lagern muß sich aber nicht zwangsläufig verschärfen. Spannungen zwischen den antikommunistisch-konservativen Gruppierungen deuten darauf hin, daß dieser Teil des politischen Spektrums wenig homogen ist. Da beide Seiten ohnedies außenpolitisch mehrheitlich gleichgelagerte Grundziele verfolgen, ist es unwahrscheinlich, daß es nach den Wahlen zu einer Änderung des Reform- und Integrationskurses kommen wird. Allerdings ist nicht auszuschließen, daß die gegenwärtige Zwischenphase bis zu den Wahlen das Land wertvolle Zeit bei der Realisierung des strategischen Projekts EU-Beitritt kostet.

Am 8. April dieses Jahres entzog die Staatsversammlung, die erste Kammer des slowenischen Parlaments, Premierminister Drnovšek das Vertrauen. Aufgrund der knappen Mehrheitsverhältnisse im slowenischen Parlament dauerte es zwei Monate, bis der Kandidat der konservativ-antikommunistischen Kräfte, der slowenisch-argentinische Bankfachmann Andrej Bajuk, sein Regierungsteam durchbringen konnte. An die Stelle der bisherigen Koalition aus der *Liberalen Demokratie Sloweniens (LDS)* Drnovšeks, der bäuerlich-konservativen *Slowenischen Volkspartei (SLS)* und der *Demokratischen Rentnerpartei (DeSUS)* trat ein Bündnis aus Christdemokraten und konservativen Sozialdemokraten.

#### **Umgruppierung der politischen Landschaft**

##### ***Reintegration der "Frühlingsparteien"***

Der Wechsel zu Bajuk wurde möglich, weil der bisherige Bündnispartner Drnovšeks, die SLS, dem langjährigen Werben der *Slowenischen Christdemokraten (SKD)* nachgab und einer Verschmelzung beider Parteien zustimmte. Die SKD, welche in Opposition zur Regierung Drnovšek stand, hatte dabei einen Ausstieg der SLS aus der Regierungskoalition zur Bedingung einer Fusion gemacht. Nach langem

Zögern gab die SLS nach, und am 15. April schlossen sich beide Gruppierungen zu einer Partei mit dem formelhaft klingenden Namen *SLS+SKD Slovenska ljudska stranka* zusammen.<sup>1</sup>

Parallel zum Vereinigungsprozeß von SKD und SLS vollzog sich eine Annäherung zwischen SKD und der mit markiger Rhetorik und von rechtskonservativen Positionen argumentierenden *Sozialdemokratischen Partei (SDS)* des Unabhängigkeitshelden und ehemaligen sowie neuen Verteidigungsministers Janez Janša. Bereits im Januar vereinbarten SKD und SDS ein Kooperationsabkommen, das u.a. ein gemeinsames Vorgehen bei den anstehenden Parlamentswahlen avisierte.<sup>2</sup> Die damit ins Leben gerufene *Koalition Slovenija* sah ihre Arbeit als Fortsetzung der vom demokratisch-nationalen Bündnis *DEMOS (Demokratische Opposition Sloweniens)* zu Beginn der 90er Jahre in Angriff genommenen Reformen.<sup>3</sup> Faktisch wurde damit der Versuch lanciert, die vor einem Jahrzehnt im Kampf gegen Sozialismus und für die slowenische Selbständigkeit im Demos vereinten Kräfte neuerdings zu sammeln.<sup>4</sup> Obwohl in den Reihen der alten SLS Vorbehalte gegenüber einer engen Zusammenarbeit mit der SDS bestanden, unterzeichnete auch die SKD+SLS das – wenn auch leicht modifizierte – Abkommen über die *Koalition Slovenija*.<sup>5</sup> Die Koalition Slovenija bildete die parlamentarische Basis der Regierung Bajuk und die Grundlage eines etwaigen Regierungsbündnisses der Parteien, die dem politischen Lager des "slowenischen Frühlings" entstammen, also einst gemeinsam gegen Kommunismus und für nationale Unabhängigkeit stritten.

Bereits nach wenigen Wochen zeigte sich, daß die "Frühlingsallianz" alles andere als kohärent ist. Als Sprengsatz erwies sich die von der SDS seit Jahren als Schlüsselprojekt angestrebte Einführung des Mehrheitswahlsystems, die im Juli mit Stimmen aus der neuen Volkspartei verhindert wurde. Damit wurde der mühsam aufgebauten Einheit der Frühlingsparteien ein schwerer Schlag versetzt. De facto endete die Koalition Slovenija bevor der eigentliche Wahlkampf begann. Die SDS reagierte daraufhin mit wütenden Attacken auf die SLS, Premier Bajuk legte sein Amt als stellvertretender SLS-Vorsitzender nieder und kündigte zusammen mit Außenminister und Ex-SKD-Chef Lojze Peterle die Gründung einer eigenen Partei mit christdemokratischer Ausrichtung (sie soll *Neues Slowenien – Christliche Volkspartei* heißen) an.

### ***Verhaltene Kooperation zwischen Liberalen und Linken***

Weniger dynamisch ging die Koordination und Kooperation zwischen den Gruppierungen aus dem liberalen und linken Teil des politischen Spektrums vor sich. Die – auch nach Umfragen – nach wie vor stärkste slowenische Partei, die *Liberale Demokratie Sloweniens (LDS)* von Expremier Drnovšek, und die *Vereinigte Liste der Sozialdemokraten (ZLSD)*, Mitgliedspartei der Sozialistischen Internationale und Nachfolgeorganisation des früheren Bunds der Kommunisten Sloweniens, arrondieren einstweilen ihren Besitzstand, indem sie sich mit kleineren zentristischen Parteien umgeben. Von elementarer Bedeutung für den Erfolg der links-liberalen Kräfte schien zunächst die Frage zu sein, ob die beiden zentralen politischen Subjekte selbst, die LDS und die ZLSD, zueinanderfinden werden. Nachdem ein Wahlgesetz mit mehrheitsbildendem Charakter nicht zustande kam, ist eine Annäherung von LDS und ZLSD auf taktischer Ebene indes weniger dringlich.

### ***Alte Konflikte – neue Konflikte***

Das Zustandekommen der Regierung Bajuk schien auf eine abermalige Konturierung der beiden großen politischen Lager hinzuweisen, die das politische Geschehen in Slowenien seit dem Ende der

<sup>1</sup> Rodila se je največja slovenska stranka, NeDeloFax (nachfolgend immer elektr. Version der NeDelo und Delo), 16.4.2000.

<sup>2</sup> Sporazum o koaliciji Slovenija, <http://www.skd.si/vir/vir012000/c07.htm>.

<sup>3</sup> Vgl. Janševa in Peterletova pomoč M. Podobniku, Dnevnik (nachfolgend immer elektr. Version), 14.1.2000, Štirje dnevni do rojstva Novega Demosa?, DeloFax, 17.1.2000, Novi Demos vzklikal prej kot SLS-SKD, DeloFax, 21.1.2000.

<sup>4</sup> Ursprünglich sollte die Koalition Slovenija daher auch Neuer Demos (Novi Demos) heißen.

<sup>5</sup> Koalicija Slovenija je pripravljena, Dnevnik, 29.4.2000.

80er Jahre charakterisieren: das der früheren antikommunistischen und nationalen Opposition (sog. *pomladske stranke* [Frühlingsparteien]; Ex-Demos) und das aus im weiteren Sinne regimetragenden Organisationen hervorgegangene Spektrum (sog. *stranke kontinuitete* [Parteien der Kontinuität]). Substrat dieser im Zuge des Regierungswechsels und des beginnenden Wahlkampfs einsetzenden Polarisierung ist die spezifische Ausprägung gesellschaftlich-politischer Dauerkonflikte. Die im Vorfeld der Parlamentswahlen startenden Debatten zeigen, welche Auseinandersetzungen auf die Inhalte des politischen Diskurses in Slowenien Einfluß nehmen.

### 3) Katholizismus vs. Laizismus

Nachdem das Land staatliche Selbständigkeit erlangt hatte, kam es in Slowenien zu keiner abschließenden Regelung des Verhältnisses zwischen katholischer Kirche und Staat. Die Kirche moniert, daß in einem dominant katholischen Land die Rechte der größten Glaubensgemeinschaft nicht adäquat berücksichtigt werden. Die Klagen der Kirche betreffen insbesondere Vermögensfragen (Restitution von Gebäuden und Wäldern) und die Schulpolitik.<sup>6</sup> Der seitens der slowenischen Bischöfe vorgebrachte Ruf nach zügigem Abschluß eines – von der Regierung Drnovšek nur halbherzig vorangetriebenen – Konkordats, stieß auf harten Widerstand der säkularistisch orientierten Kräfte, die ein solches Abkommen nicht für verfassungskonform halten bzw. ein Referendum über einen derartigen Vertrag fordern.<sup>7</sup> Nicht von der Hand zu weisen ist wiederum die Hilfestellung, die von katholischer Seite bei der Vereinigung von SLS und SKD erbracht wurde. Nachdem die Gespräche zwischen beiden Gruppierungen ins Stocken geraten waren, kam der Durchbruch infolge der Vermittlung kirchennaher und kircheninterner Persönlichkeiten zustande, die im – formell unabhängigen – *Bürgerforum* zusammengeschlossen sind.<sup>8</sup>

### 2) Heimwehr vs. Partisanen

Wie brisant die Gegensätze zwischen Angehörigen und Anhängern der antikommunistischen Heimwehr (*domobranci*) einerseits und der im "antifaschistischen" Nationalen Befreiungskampf (*NOB*) engagierten Partisanen andererseits<sup>9</sup> auch heute noch sind, dokumentiert das Echo auf eine Gedenkveranstaltung, die am 19. Juni anläßlich des zehnten Jahrestags einer ersten großen Versöhnungsfeierlichkeit in Kočevski rog abgehalten wurde, wo nach dem Krieg mehr als 10.000 Domobranzi erschossen wurden.<sup>10</sup> Da einer der Festredner den Befreiungskampf als "Betrug" bezeichnet hatte und zum Schluß gelangt war, daß die "Postkommunisten wissen, daß sie sich nur dann an der Macht halten, wenn der Bürgerkrieg irgendwie weitergehen wird", kam es zu heftigen Reaktionen v.a. aus liberalen und linken Kreisen, die angebliche Versuche, "die kirchliche und bürgerliche Kollaboration in der Kriegszeit zu legitimieren", verurteilten.<sup>11</sup> Auch der zurückhaltende Staatspräsident Milan Kučan, einst KP-Chef, ergriff daraufhin Partei. Als er auf einer Massenveranstaltung vor 20.000 slowenischen Rentnern "die Teilnehmer des siegreichen Partisanenkampfes" begrüßte, betonte er, daß die "Befreiungskämpfe des slowenischen Volkes die Grundlage des heutigen Sloweniens" seien.<sup>12</sup>

### 3) Antikommunisten vs. Exkommunisten

<sup>6</sup> Sloweniens Metropolit, der Erzbischof von Ljubljana Franc Rode, stellte sogar fest, daß "diese Schule nicht unsere Schule ist". Nadškof Rode: »Ta škola ni naša škola«, DeloFax, 18.3.2000.

<sup>7</sup> Referendum o sporazumu s Svetim sedežem?, DeloFax, 11.3.2000.

<sup>8</sup> V opreki s kanonskim pravom?, DeloFax, 6.3.2000.

<sup>9</sup> Vgl. Sascha Petelin: Die Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit in Slowenien. Berichte des Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien (BIOst), 35/1997.

<sup>10</sup> Odmevi na spominsko slovesnost v Rogu, DeloFax, 20.6.2000.

<sup>11</sup> Vgl. "Osvobodilni boj je bil prevara", Dnevnik, 19.6.2000, "Osvobodilni boj ni bil prevara", Dnevnik, 20.6.2000, Razburjenje zaradi cerkvene slovesnosti v Rogu, NeDeloFax, 25.6.2000.

<sup>12</sup> Starejšim rodovom gredo velike zasluge za uspešno Slovenijo, Rede des Präsidenten auf dem 12. Treffen der Rentner Sloweniens, Velenje, 29.6.2000, <http://www2.gov.si:8000/up-rs/>, Strankokracija je podkožna bolezen, Dnevnik, 23.6.2000.

Schließlich stehen sich nach wie vor Verfechter eines rasanten Antikommunismus und Befürworter einer differenzierten oder gar positiven Betrachtung der kommunistischen Herrschaft gegenüber. Obwohl nach der Demos-Regierung von Anfang der 90er Jahre alle darauffolgenden Kabinette auf Koalitionen beruhten, an denen sowohl ehemals oppositionelle Gruppierungen als auch Parteien mit exkommunistischer Genealogie beteiligt waren, wurde der Gegensatz zwischen beiden Blöcken nicht nachhaltig überwunden. Zwar konnten mit der 1997 gebildeten "Regierung der Pontonbrücken", an der die LDS als Partei mit "roter Vergangenheit" und die SLS als Ex-Demos-Partei beteiligt waren, die alten Grenzen aufgebrochen werden, doch die Entstehung der Koalition Slovenija brachte eine Restrukturierung entlang alter Frontlinien, die typisch sind für die Situation in einem Transitionsland zu Beginn der politischen Umgestaltung.<sup>13</sup>

Alle drei Polarisierungen wurzeln letztlich in der näheren oder fernerer Vergangenheit. Da sie ein hohes Maß an Kongruenz aufweisen, verstärken sie sich gegenseitig. Die Existenz eines katholisch-konservativ-antikommunistischen und eines antiklerikal-links-liberalen Lagers wird daher wohl für absehbare Zukunft eine Konstante der slowenischen Politik bleiben. Fraglich ist, wann "neue" Konflikte, etwa über den wirtschaftspolitischen Kurs oder die Ausgestaltung der Sozialpolitik, in den Vordergrund treten werden.

### **Die Regierung Bajuk vor einer doppelten Herausforderung: Wahlen und Europa**

Welche Implikationen werden die innenpolitischen Turbulenzen für die außenpolitische Positionierung Sloweniens mit sich bringen? Für eine fundierte Einschätzung ist sicherlich der Ausgang der Wahlen abzuwarten. Erst dann wird sich zeigen, ob die Wähler mit der dyadischen Blockbildung in ein antikommunistisches und ein exkommunistisches Lager einverstanden sind und welche politische Option letztlich Regierungsverantwortung übernehmen wird.

Schon ein Blick auf die Schwerpunkte der außenpolitischen Aktivitäten und Ausrichtungen Sloweniens legt indes nahe, daß zwischen den Regierungen Drnovšek und Bajuk keine substantiellen Differenzen bestehen. Unabhängig von der politischen Kolorierung der kommenden Regierung ist daher mit einem hohen Maß an außenpolitischer Kontinuität zu rechnen ist. Namentlich die angestrebte EU-Mitgliedschaft, das Engagement in unterschiedlichen Formen der regionalen Kooperation, die Beziehungen zu den Nachbarn und die Aufnahme in die NATO, der Beitritt zur OECD und die Kontakte zu den Auslandsslowenen gehören sowohl vor als auch nach dem Wechsel auf den Kabinettsbänken zum Grundbestand der slowenischen Außenpolitik, der lediglich von der radikalen, aber kleinen Nationalpartei SNS angezweifelt wird.<sup>14</sup>

Zentrales außenpolitisches Projekt ist die *Eingliederung des Landes in die EU*. Um dem "strategischen nationalen Ziel" einer dauerhaften Verankerung Sloweniens "als souveräner Staat in der Mitte Europas" näherzukommen, müsse, so Premier Bajuk, das Land weiterhin in der ersten Gruppe der Beitrittskandidaten bleiben.<sup>15</sup> Mit einer Reihe von institutionellen und personellen Maßnahmen signalisierte der Regierungschef seine Entschlossenheit, neue Dynamik in den Vorbereitungs- und Verhandlungsprozeß zu bringen. So zog Bajuk die Koordination der Europapolitik an sich, der Regierungsausschuß für Europafragen (Evropski kolegij) beschloß, in Anbetracht des im Herbst anstehenden Fortschrittsberichts der Kommission die Arbeit der am Vorbereitungsgeschehen beteiligten Institutionen zu beschleunigen.<sup>16</sup>

<sup>13</sup> So der Generalsekretär der LDS, Gregor Golobič. Lepe duše, jakobinstvo in vonj po ribah, Interview mit G. Golobič, Dnevnik, 27.11.1999.

<sup>14</sup> Diese Themen nannte der neue Außenminister Lojze Peterle bei der Vorstellung der grundlegenden außenpolitischen Ziele. EU in Nato ključni nalogi, Dnevnik, 4.7.2000.

<sup>15</sup> Sejni zapisek, 03/05/2000, <http://www2.gov.si>.

<sup>16</sup> Evropski kolegij prvič v novi sestavi, DeloFax, 17.6.2000.

Solche institutionellen Schritte sind indes lediglich eine Vorbedingung für die effizientere Gestaltung der vor dem Beitritt erforderlichen Anpassungsleistungen. Diesbezügliche Saumseligkeiten haben sich während des laufenden Verhandlungsprozesses durch kritische Bemerkungen seitens der Kommission und anderer europäischer Institutionen offenbart.<sup>17</sup> Der im Rahmen der Verhandlungen mit Slowenien federführende Kommissionsbeamte hatte im Mai seine Befürchtung zum Ausdruck gebracht, die Regierungskrise würde das Land fünf bis sechs Monate wertvoller Zeit bei der Anpassung und Realisierung von gesetzlichen Vorschriften kosten.<sup>18</sup> Optimistischer äußerte sich Mitte Juli indes EU-Kommissar Verheugen bei seinem Besuch in Slowenien, als er erklärte, Slowenien habe "immer die beste Startposition" innegehabt und werde sicherlich unter den ersten Unionsneumitgliedern sein, wenn nur wichtige Strukturreformen und die Rechtsangleichung vorangetrieben würden "und der politische Konsens im Lande die Wahlen überlebe".<sup>19</sup>

Als problematisch könnte sich in den nächsten Monaten erweisen, daß eine Reihe von Streitpunkten zwischen Ljubljana und Brüssel innenpolitische Brisanz beinhaltet. Dazu gehört etwa die Einbeziehung eventueller ausländischer Anspruchsberechtigter in die (Re-)Privatisierung. Hier wird – nicht nur auf Drängen österreichischer Politiker – von der EU eine sog. "nichtdiskriminierende" Vorgehensweise (nediskriminacijska denacionalizacija) gefordert. Während slowenische Politiker mit Blick auf die Äußerungen von EU-Funktionären und auf die vergleichbare Situation in Polen und Tschechien abwiegeln,<sup>20</sup> sind in den Medien warnende Stimmen zu vernehmen, die von einer "deutsch-österreichischen Lobby" in der Union sprechen. Deren Forderungen nach Berücksichtigung von deutschstämmigen Personen bei der slowenischen Privatisierung führe letzten Endes dazu, daß die EU eine "Rehabilitierung von deutschen Verbrechern" anstrebe.<sup>21</sup> Mit dieser Frage verbunden ist die ebenfalls innenpolitisch aufgeheizte Problematik der insbesondere auf Betreiben Wiens und Klagenfurts thematisierten Anerkennung einer deutschen bzw. "altösterreichischen" Minderheit in Slowenien. Diese ruft für gewöhnlich die umgehende Forderung Ljubljanas hervor, Österreich möge sich zunächst um die Einhaltung der eigenen Verpflichtungen gegenüber der slowenischen Minderheit in Kärnten bzw. der Steiermark kümmern.<sup>22</sup>

Es könnte für die faktisch seit ihrem Amtsantritt im Wahlkampf stehende Regierung Bajuk schwer werden, mit der EU in solchen und anderen innenpolitisch, aber auch wirtschafts- und sozialpolitisch "heiklen" Fragen zu einer Einigung zu gelangen, da man sich bemühen wird, keine der empfindlichen Wählerschichten zu verprellen. Da Teile der slowenischen Gesellschaft nach wie vor empfindlich auf den mit der EU-Mitgliedschaft assoziierten Souveränitätsverlust reagieren,<sup>23</sup> wird man bemüht sein, der vereinzelt mit links-nationaler Rhetorik zu Felde ziehenden Opposition keine Wahlkampfmunition zu liefern. Zwar hatten sich alle relevanten politischen Parteien bereits im Frühjahr dazu verpflichtet, unabhängig von politischen Meinungsverschiedenheiten eine rasche Verabschiedung aller im Zusammenhang mit dem EU-Beitritt notwendigen Gesetze zu unterstützen. Es ist jedoch fraglich, ob die Konkurrenzsituation vor den Wahlen nicht andere integrationsrelevante Bemühungen

<sup>17</sup> Angemahnt werden u.a. folgende Unzulänglichkeiten: unzureichende Rechtsanpassung, inadäquate Verwaltungsstrukturen, wenig effiziente Justiz. Vgl. Sitzung des bilateralen Assoziierungsausschusses. Naši kos vsem vprašanjem, Dnevnik, 31.3.2000.

<sup>18</sup> Lombardero vo žuganje, Dnevnik, 25.5.2000, Dimitrij Rupel: Mrtvi tek zaradi volilnega leta, Dnevnik, 25.5.2000.

<sup>19</sup> Slovenija kot Schumacher, Dnevnik, 18.7.2000.

<sup>20</sup> Der für die Erweiterung zuständige EU-Kommissar Verheugen erwiderte auf die vom österreichischen Europaabgeordneten Hubert Pirker erhobene Forderung, die Kommission müsse auf eine Aufhebung der Avnoj-Dekrete und der jugoslawischen Gesetze von 1945/46 drängen, daß die Kommission nicht um Normen verhandeln werde, die vor 1957 verabschiedet wurden. Unija ve za počasnost, Dnevnik, 16.6.2000, Außenminister Peterle erklärte, die "Privatisierung sei unproblematisch". »Denacionalizacija ni problematična«, DeloFax, 4.7.2000.

<sup>21</sup> EU zahteva rehabilitacijo nemških zločincov?, DeloFax, 21.2.2000.

<sup>22</sup> Allerdings hat die österreichische Außenministerin Ferrero-Waldner in Ljubljana erklärt, Wien werde den slowenischen Beitritt zur EU nicht aufgrund bilateraler Probleme blockieren. Brez pogojev za vstop v EU, DeloFax, 6.4.2000.

<sup>23</sup> Vgl. die Umfrage der Fakultät für Sozialwissenschaften der Universität Ljubljana, in der die Frage der Souveränität als "sensibler Punkt" des slowenischen EU-Beitritts beschrieben wird, [http://evropa.gov.si/iso/ceu\\_020\\_laa.html](http://evropa.gov.si/iso/ceu_020_laa.html).

beeinträchtigt. So wäre denkbar, daß ein großzügiger "Wahlhaushalt" die Staatsfinanzen in Mitleidenschaft zieht.

Wie die Äußerungen des Außenministers Peterle belegen, ist sich die slowenische Regierung der Bedeutung der gegenwärtigen Phase im Verhandlungsprozeß bewußt: Der momentane Stand der Vorbereitungen wird die Basis für den im Herbst von der Kommission vorgelegten jährlichen Fortschrittsbericht sein. Dieser wiederum wird die Schlußphase der Verhandlungen einläuten und als Grundlage für eine mögliche Differenzierung zwischen den nunmehr zwölf Beitrittskandidaten dienen.<sup>24</sup> Ein Herausfallen aus der Gruppe der *fast-track countries* würde Slowenien aber teuer zu stehen kommen. Nach Berechnungen des slowenischen Amts für Makroökonomische Analysen und Berechnungen würde Slowenien im Falle eines frühen Beitritts zur EU (ausgegangen wurde vom Datum 2003, während mittlerweile selbst Außenminister Peterle vom Jahr 2005 spricht) bereits gegen 2010 rund 90% des durchschnittlichen Bruttosozialprodukts in der Union erreichen. Sollte sich der Beitritt auf das Ende der Dekade verschieben, würde man nur zwei Drittel des EU-Mittels erreichen.<sup>25</sup>

### Schlußbemerkung

Die anstehenden Wahlen entscheiden darüber, mit welcher innenpolitischen Strukturkonfiguration Slowenien ins neue Jahrzehnt startet und die Schlußetappe auf dem Weg in die EU absolviert. Zwei Varianten sind möglich. Einerseits könnte sich die Konturierung *zweier Lager* verstärken. Dies hätte den Vorteil, daß die politische Landschaft Sloweniens transparenter würde, daß klare Mehrheitsverhältnisse und eindeutige politische Alternativen entstehen könnten. Allerdings ist die Gefahr vorhanden, daß eine solche Lagerbildung in eine konfrontative Polarisierung umschlägt. Eine allzu drastische Bipolarität würde Slowenien auf einen "balkanischen" Politikstil zubewegen, von dem sich das Land, das sich als mitteleuropäisch-mediterraner Staat<sup>26</sup> definiert, aber gerade abgrenzen möchte.

Ein zweites Szenario stellt die *Fortführung multikolorer Regierungsbündnisse* dar. Ihr Vorteil läge darin, daß konsensorientierte Entscheidungsfindung in den Vordergrund träte und die Konflikte, die sich aus kulturell-historischen Quellen speisen, zugunsten einer Konzentration auf strategische wirtschafts-, außen- und sicherheitspolitische Ziele an Bedeutung verlieren könnten. Der Umstand, daß bislang keines der beiden großen Lager selbständig mehrheitsfähig war, sowie die gescheiterte Einführung des Mehrheitswahlsystems und vor allem das Unbehagen der Volkspartei am Bündnis mit der SDS deuten darauf hin, daß das zweite Szenario eine höhere Eintrittswahrscheinlichkeit besitzt. Sollte die SLS nach den Wahlen abermals mit der LDS zusammenarbeiten und der SDS bzw. einer etwaigen Partei von Premier Bajuk den Rücken zuwenden, käme dies wohl einem Ende des "Frühlingslagers" gleich. Die SLS, die sich als gemäßigte und laizistische konservative Partei profilieren möchte,<sup>27</sup> könnte mittelfristig zu einem eigenständigen, dritten Pol der politischen

---

<sup>24</sup> EU in Nato ključni nalogi, Dnevnik, 4.7.2000.

<sup>25</sup> Kdaj bomo ujeli razvite v EU, Dnevnik, 15.10.1999.

<sup>26</sup> Deklaracija o zunajni politiki Republike Slovenije, <http://www.gov.si/mzz/deklarzun.htm>.

<sup>27</sup> France Arhar še molči, opozicija v SKD se veseli, Dnevnik, 29.7.2000.

Landschaft Sloweniens werden, der zwischen dem antikommunistisch-christlichen und dem links-liberalen Segment positioniert ist.

Kai-Olaf Lang